

Jörg Nobis zur geplanten Preiserhöhung im Hamburger Verkehrsverbund (TOP 31):

„HVV belastet Pendler und Gemeinden im Hamburger Randgebiet übermäßig“

Kiel, 30. August 2019 **Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) plant die Preise um durchschnittlich 1,3% zu erhöhen, wobei Tarife im Stadtgebiet weitgehend stabil bleiben und Pendler und Randgemeinden über Gebühr belastet werden. Darüber debattiert der Landtag heute auch deshalb, weil die Defizite auf Schleswig-Holsteiner Tarifgebiet aus dem Landeshaushalt beglichen werden. Jörg Nobis, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Die geplante Preiserhöhung des Hamburger Verkehrsverbunds (HVV) um durchschnittlich 1,3% lehnen wir ab. Denn es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Tarife im Stadtgebiet weitgehend stabil bleiben sollen, während Pendler und Bewohner von Gemeinden im Hamburger Umland übermäßig hoch belastet werden.

Eine flächendeckende Erhöhung um 1,3% im gesamten HVV-Gebiet wäre hingegen eine Lösung, die sowohl die Interessen der Pendler aus den Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg, als auch die Interessen der schleswig-holsteinischen Steuerzahler hinreichend berücksichtigt. Die Landesregierung muss in ihren Gesprächen mit Hamburg auf eine entsprechende Einigung hinwirken.“

Weitere Informationen:

- **Jamaika-Antrag** „HVV-Preiserhöhung ablehnen“ vom 16. August 2016
(Drucksache 19/1639):
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01600/drucksache-19-01639.pdf>